

Aber die NATO!

10 populäre Mythen
über Putins Krieg gegen die Ukraine

Nico Lange

Russlands Krieg gegen die Ukraine: Mythen und Fakten

„Kriegstreiber!“, „Putinverstehler!“, „Die NATO ist schuld!“, „Verhandlungen jetzt!“ – Menschen überall in Deutschland führen die Debatten über Russlands Krieg gegen die Ukraine mit großer Schärfe. Die deutsche militärische Unterstützung für das überfallene Land wühlt viele auf. Große Angst vor Gewalt und Krieg beeinflusst die Diskussionen.

Politik und Öffentlichkeit in Deutschland sind im Umgang mit Krieg, bewaffneten Konflikten, Verteidigung und Abschreckung nach Jahrzehnten des Friedens in Europa nicht geübt. Doch die „Zeitenwende“ aufgrund des russischen Angriffskriegs und die deshalb notwendigen Veränderungen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik erfordern breite gesellschaftliche Debatten zur Auseinandersetzung mit diesen Themen.

In den emotional geführten Diskussionen tauchen immer wieder Mythen auf, die einer historischen und faktischen Prüfung nicht standhalten. Besonders Populisten und Extremisten verwenden diese Mythen gezielt zur Rechtfertigung des russischen Angriffs oder zur Ablehnung einer weiteren Unterstützung für die Ukraine.

Mindestens seit 2014 greift Russland die Meinungsbildung und Demokratie in Deutschland gezielt mit Desinformation und hybrider Kriegsführung an. Für den russischen Präsidenten Wladimir Putin und sein imperialistisches Denken spielen historische Mythen und ihre Verbreitung und Verinnerlichung in Deutschland eine sehr wichtige Rolle.

Die Münchner Sicherheitskonferenz hat 2022 die Kampagne „Zeitenwende on tour“ gestartet. Bei den Townhalls und Schulbesuchen der Aktion kommen immer wieder Mythen auf. Oft fragen engagierte Menschen dabei nach historischen Fakten, Gegenargumenten und Fachinformationen, um in Debatten in Schule, Berufsschule, am Arbeitsplatz, am Stammtisch oder bei der Familienfeier standhalten zu können. Wir haben diese Punkte zu zehn der am häufigsten wiederholten Mythen zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine in dieser Begleit-Publikation der Kampagne „Zeitenwende on tour“ aufbereitet.

Nico Lange, Ulrike Strauss

ES WIRD BEHAUPTET:

1

„Es wird immer nur über

Waffen gesprochen,

aber es gibt keine Anstrengungen

für Diplomatie.“

DIESE BEHAUPTUNG IST FALSCH.

RICHTIG IST:

Schon vor dem Beginn
des russischen Angriffs auf die
Ukraine und auch während
des Krieges gab und gibt
es sehr viele diplomatische
Bemühungen.^{1,2}

Sowohl die Ukraine als auch Deutschland und viele andere Staaten sind der Auffassung, dass der Krieg so schnell wie möglich beendet werden muss. Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz, Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan, UN-Generalsekretär António Guterres, Papst Franziskus und viele andere suchen immer wieder das Gespräch mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und der russischen Führung. Leider zeigt sich die russische Seite bisher zu ernsthaften Gesprächen über eine friedliche Lösung nicht bereit. Russland beharrt auf Forderungen, die die Existenz der Ukraine als Staat grundsätzlich in Frage stellen und klar gegen die Charta der Vereinten Nationen und das internationale Recht verstoßen.¹

In allen Diskussionen um Verhandlungen und Militärhilfe sollte man außerdem beachten, dass in den von Russland besetzten Gebieten der Ukraine Unterdrückung, Folter, Mord, Vergewaltigungen und Entführungen zur Tagesordnung gehören. Es ist falsch, dass durch jede beliebige Verhandlung oder eine Kapitulation der Ukraine Leid und Sterben beendet werden würden. Würden Deutschland und andere Partner der Ukraine nicht mit Waffen, Munition und Ausrüstung helfen, wären Leid und Zerstörung in der Ukraine noch größer. Durch die Lieferung moderner

Systeme für die Luftverteidigung kann die Ukraine beispielsweise Hunderte von Raketen und Drohnen abwehren, die Russland auf Zivilisten in ukrainischen Städten abfeuert.

Die Ukraine selbst startete eine Friedensinitiative auf der Grundlage des internationalen Rechts, an der sich mittlerweile mehr als 80 Staaten beteiligen. Die Schweiz erklärte sich offiziell dazu bereit, auf dieser Grundlage einen internationalen Friedensgipfel auszurichten. Russland lehnt jedoch eine Teilnahme an solchen Friedensverhandlungen bisher ab.²

” *Für erfolgreiche Diplomatie ist eine starke Verhandlungsposition notwendig.*

Deutschland und die Europäische Union leisten in großem Umfang sowohl humanitäre und diplomatische als auch finanzielle und militärische Hilfe an die Ukraine. Es geht bei der Unterstützung der Ukraine also bei Weitem nicht nur um Waffen.

Militärhilfe mit Waffen, Munition und Ausrüstung ist kein Gegensatz zu Diplomatie. Für erfolgreiche Diplomatie ist eine starke Verhandlungsposition notwendig. Nur wenn Putin zu der Erkenntnis kommt, dass er mit militärischen Mitteln sein Ziel der Abschaffung der Ukraine als Staat nicht erreichen kann, und wenn er militärisch selbst unter Druck gerät, wird er eine ernsthafte Bereitschaft zu Verhandlungen entwickeln. Würde man die Ukraine in einer Position der Schwäche zu Verhandlungen zwingen, käme das einer Kapitulation mit

1 Diplomatie im Kontext des russischen Überfalls auf die Ukraine – Stiftung Wissenschaft und Politik (swp-berlin.org)

2 Ukraine's Peace Formula Philosophy 32af8d644e6cae41791548fc82ae2d8e_1691483767.pdf (president.gov.ua)



Eine Gruppe von Menschen nimmt an der „Zeitenwende on tour“-Veranstaltung in Bremerhaven teil und hält Schilder hoch, die gemeinsam das Wort „Verhandeln!“ bilden. Foto: MSC/Strangmann

sehr schwerwiegenden negativen Folgen für die Menschen dort und die Sicherheit in Deutschland gleich.

Die Unterstützung der Ukraine mit Waffen, Munition und militärischer Ausrüstung bei gleichzeitigen, immer wieder neuen diplomatischen Bemühungen auf der Grundlage des internationalen Rechts ist

angesichts des imperialistischen Angriffs-kriegs und der Gewalt Russlands gegen die Menschen in der Ukraine derzeit der einzig aussichtsreiche Weg zu einer Beendigung des Kriegs und zu einem dauerhaften Frieden.

ES WIRD BEHAUPTET:

2

„Der Westen hinderte

Selenskyj kurz

nach Kriegsbeginn am Abschluss

eines Friedensabkommens,

das unter Vermittlung

der Türkei zwischen Russland

und der Ukraine

fertig ausgehandelt war.“

DIESE BEHAUPTUNG IST FALSCH.

RICHTIG IST:

Es gab im März 2022 kein fertiges und von beiden Seiten akzeptiertes Friedensabkommen. Der Westen hat die Ukraine nie an Verhandlungen oder Abkommen mit Russland gehindert.³

Immer wieder taucht der Mythos auf, dass die Ukraine nur wenige Wochen nach Kriegsbeginn dazu bereit war, bei Friedensgesprächen in Istanbul ein fertiges Abkommen mit Russland zu unterzeichnen. Der Westen, vor allem der damalige britische Premierminister Boris Johnson (2019–2022), hätte in Kiew darauf gedrängt, dieses Abkommen zu verwerfen. Dieser Mythos wird verbreitet, um den Eindruck zu erwecken, dass die Schuld für den Krieg spätestens ab diesem Zeitpunkt beim Westen liege. Das ist falsch.

Tatsächlich verhandelten im März 2022 die Ukraine und Russland auf Vermittlung des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan zunächst in Antalya und dann in Istanbul miteinander. Die Ukraine war in diesen Gesprächen grundsätzlich dazu bereit, über die Änderung des Ziels einer Mitgliedschaft in der NATO zugunsten wirksamer Sicherheitsgarantien durch Russland und westliche Staaten nachzudenken. Weitere Punkte in diesen Verhandlungen waren russische Forderungen nach einer Verkleinerung der Größe der Streitkräfte der Ukraine und eine mögliche Verschiebung einer Klärung der Zugehörigkeit der Krim.

Die Ukraine bestand ihrerseits auf einem Rückzug der russischen Armee auf die Linien vor dem 24. Februar 2022 und auf endgültige Entscheidungen der wesentlichen Punkte einer möglichen

Einigung in einem Treffen zwischen den Präsidenten Wolodymyr Selenskyj und Wladimir Putin. Ein fertig verhandeltes Abkommen, dem beide Seiten zugestimmt hätten, gab es nach dem letzten Treffen in Istanbul am 29. März 2022 nicht.

Zeitgleich mit den laufenden Verhandlungen in Istanbul mussten die russischen Truppen nördlich von Kiew aufgrund ihres gescheiterten Angriffs auf die ukrainische Hauptstadt den Rückzug antreten. Die Ukraine gewann damit auch die Kontrolle über die Kiewer Vororte Butscha und Irpin zurück.

In den Tagen ab dem 29. März 2022 deckte die Ukraine russische Gräueltaten in Butscha auf. In den Straßen des Kiewer Vororts fanden die einrückenden Streitkräfte der Ukraine Leichen von Zivilisten mit auf dem Rücken gefesselten Händen, Opfer von Vergewaltigungen und von grausamer Folter. Allein in Butscha quälten und töteten die russischen Besatzer innerhalb eines Monats mehr als 450 Zivilistinnen und Zivilisten. Der Charakter des russischen Kriegs gegen die Ukraine wurde damit für die Ukrainer und die gesamte Welt sichtbar.

Präsident Selenskyj und die ukrainische Regierung vertreten seit der Offenlegung der Massaker von Butscha die Auffassung, dass der vollständige Abzug der russischen Besatzer vom gesamten Staatsgebiet der Ukraine und die Verfolgung und Bestrafung der durch russische Soldaten begangenen Kriegsverbrechen Bedingungen für Friedensverhandlungen sind.³

3 Yaroslav Trofimov: *Our Enemies Will Vanish: The Russian Invasion and Ukraine's War of Independence*. Penguin Press, 2024.

„ *Weder Großbritannien noch die USA, Frankreich oder Deutschland drängten die Ukraine jemals dazu, ein Abkommen nicht zu unterschreiben.*

Der damalige britische Premierminister Boris Johnson besuchte Kiew erst am 9. April 2022. Johnson sagte bei diesem Besuch, dass die in dem Entwurf eines Abkommens in Istanbul vorgesehenen Sicherheitsgarantien durch Großbritannien und andere westliche Staaten aus seiner Sicht nicht leistbar wären. Solche Sicherheitsgarantien hätten eine direkte

Kriegsbeteiligung der westlichen Partner bei einem erneuten Aufflammen des Konflikts zur Folge. Das entspricht der Position, die auch Deutschland, Frankreich und die USA vertreten.

Weder Großbritannien noch die USA, Frankreich oder Deutschland drängten die Ukraine jemals dazu, ein Abkommen nicht zu unterschreiben oder Verhandlungen abzubrechen. Seit Kriegsbeginn vertreten die Regierungen dieser Staaten konsequent die Haltung, dass es allein Sache der Ukraine ist, ob, wie und worüber Friedensverhandlungen geführt werden.



Der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu (Mitte) hält am 29. März 2022 während der Friedensverhandlungen in Istanbul eine Rede. Die Delegationen aus Russland und der Ukraine sitzen sich gegenüber. Die Gespräche führten zu keinem Ergebnis. Foto: Cem Ozdel/ Anadolu Agency / dpa / picture alliance

ES WIRD BEHAUPTET:

3

„Die Ukraine hat

ab 2014 den Donbass,

ein Gebiet mit russlandfreundlichen

Menschen in der Ostukraine,

beschossen.

Es gab dort Tausende Opfer

unter Zivilisten.“

DIESE BEHAUPTUNG IST FALSCH.

RICHTIG IST:

Diese Behauptung wird von russischer Seite gezielt als Vorwand für den Angriffskrieg gestreut. Es gab vor der russischen Invasion keine Bombardierung des Donbass durch die Ukraine.^{4,5}

Immer wieder wird behauptet, die Ukraine sei verantwortlich für „15 000 Tote im Donbass“ seit 2014 und habe „die eigenen Leute“ bombardiert, sodass Russland „schützend eingreifen musste“. Das ist ein durch Wladimir Putin und Russland gezielt konstruierter Vorwand für den Krieg. Russland verbreitet diese Falschinformationen im Rahmen der hybriden Kriegsführung besonders in Deutschland.

Die Zahl „15 000“ stammt aus Aufrundungen der Schätzungen der Vereinten Nationen. Allerdings handelt es sich dabei nicht um Opfer angeblicher ukrainischer Angriffe. Die Zahlen der Vereinten Nationen gehen von etwa 3500 getöteten Zivilisten aus, etwa 4000 ukrainischen Soldaten, etwa 5500 Toten bei den von Russland angeleiteten bewaffneten Separatisten.⁴

Es lässt sich bei den etwa 3500 zivilen Opfern im Donbass der Jahre 2014 und 2015 nicht genau sagen, ob sie sich auf einer Seite der Auseinandersetzung verorteten und ob diese Menschen „pro-ukrainisch“ oder „pro-russisch“ waren. Enthalten sind in der Zahl auch die 298 Passagiere des abgeschossenen Flugs MH17. Es ist besonders zynisch, die getöteten Menschen ausgerechnet der Ukraine anrechnen zu wollen angesichts der Tatsache, dass das Passagierflugzeug durch von Russland gesteuerte Separatisten

mit russischen Flugabwehrraketen abgeschossen wurde.

„ *Es gab keinerlei Pläne der Ukraine, den Donbass militärisch angreifen zu wollen.*

Nach den Jahren 2014 und 2015 sank die Zahl der Opfer im Donbass. Laut dem letzten Bericht der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) kamen 161 Zivilisten im Zeitraum von Januar 2017 bis Mitte September 2020 ums Leben – etwa gleich viele auf beiden Seiten. Etwa die Hälfte dieser Opfer starb durch Unfälle mit Minen und Blindgängern. Es gab vor dem Beginn des russischen Großangriffs auf die Ukraine am 24. Februar 2022 keine „Bombardierungen“ der Zivilbevölkerung im Donbass durch die Ukraine und es gab auch keinerlei Pläne der Ukraine, den Donbass militärisch angreifen zu wollen.⁵

Weder die OSZE-Beobachtermission, die mit dem Einverständnis Russlands seit 2014 die Lage beobachtete, noch der Bericht der Vereinten Nationen vom September 2021 sehen Anzeichen für einen Genozid oder gezieltes Vorgehen der Ukraine gegen die „pro-russische Zivilbevölkerung“. Ein Bericht des UNHCR (Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge) vom Juli 2016 fasst zusammen: „Der bewaffnete Konflikt, der durch den Zustrom ausländischer Kämpfer und Waffen aus der Russischen Föderation angeheizt wird, ist für die meisten Verletzungen des Rechts auf Leben in der Ukraine in den letzten zwei Jahren verantwortlich.“

4 Conflict-related civilian casualties as of 31 December 2021 (rev 27 January 2022) (un.org) <https://ukraine.un.org>

5 OSCE-Report: CIVILIAN CASUALTIES IN THE CONFLICT-AFFECTED REGIONS OF EASTERN UKRAINE (osce.org) <https://www.osce.org/files/f/documents/f/b/469734.pdf>



Mitglieder der OSZE-Beobachtermission im Donbass gedenken der Opfer der mit russischen Flugabwehrraketen abgeschossenen malaysischen Boeing 777 (Flug MH17) in der Nähe des Dorfes Grabovo. Foto: dpa/ picture alliance/ Russian Look | Alexander Rekun

Die russische Propaganda hat die offizielle Gesamtzahl nach den Angaben der Vereinten Nationen auf „15 000“ aufgerundet und daraus entgegen der Sachlage propagandistisch „Opfer der ukrainischen Angriffe auf den Donbass“ gemacht.

Bis heute wird diese Propaganda in Diskussionen um den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und die ukrainische Selbstverteidigung ständig wiederholt. Durch Fakten ist sie nicht gedeckt.

ES WIRD BEHAUPTET:

4

„Wir kümmern uns um so viele

Kriege auf der Welt nicht,

auch der Krieg

gegen die Ukraine

betrifft uns nicht.“

DIESE BEHAUPTUNG IST FALSCH.

RICHTIG IST:

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine findet in direkter Nachbarschaft statt und gefährdet auch die Sicherheit in Deutschland und ganz Europa.⁶

Warum ist uns dieser Krieg so wichtig, wenn wir uns um so viele andere Kriege und Verletzungen von Menschenrechten auf der Welt nicht kümmern?

Deutschland tut gut daran, auch das eigene Verhalten immer wieder selbstkritisch zu betrachten. Es stimmt, dass es sehr viele Ungerechtigkeiten auf der Welt gibt, gegen die Deutschland nicht immer einschreitet. Das darf jedoch kein Argument dafür sein, dass man den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine einfach geschehen lässt.

Besonders die Länder des sogenannten „globalen Südens“, Staaten aus Lateinamerika, Afrika und Südostasien, kritisieren zu Recht, dass Deutschland in der jüngeren Geschichte nicht überall Angegriffenen zur Seite stand und sich nicht immer für die schnelle Beendigung von Kriegen eingesetzt hat. Diese Kritik müssen wir annehmen. Die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik auf der Grundlage des internationalen Rechts sollte hier in der Zukunft konsistenter werden.

„ *Die Bedrohung der europäischen Sicherheit durch Russland betrifft uns direkt.*

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine wird jedoch aus gutem Grund als „Zeitenwende“ bezeichnet. Putin begann

den größten Krieg in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Kämpfe finden in unmittelbarer Nachbarschaft zur EU und zur NATO statt. Die Bedrohung der europäischen Sicherheit durch ein Russland, das seine Interessen und imperialistischen Ansprüche mit Waffengewalt durchsetzen will, betrifft uns direkt. Auch Flucht und Vertreibung aus der Ukraine und aus den von Russland besetzten Gebieten wirken sich direkt auf die Bundesrepublik aus.

Deshalb ist es gerechtfertigt und sogar notwendig, dass Deutschland sich in Bezug auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine sehr viel stärker engagiert als in Bezug auf andere Kriege und bewaffnete Konflikte. Die „Zeitenwende“ aufgrund dieses Krieges erfordert sogar grundlegende Veränderungen der deutschen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland galt der Grundsatz, keine Waffen in aktive Krisen- und Konfliktgebiete zu liefern. Nach dem russischen Überfall hob Deutschland diesen Grundsatz zu Recht auf, um die Ukraine zu unterstützen. Das dient der Wahrung und Wiederherstellung des internationalen Rechts und der deutschen Sicherheit gleichzeitig.⁶

Als größtes und wirtschaftlich stärkstes Land unter den Europäern in der NATO und in der EU tragen wir für Sicherheit und Stabilität in unserer direkten Nachbarschaft eine Verantwortung. Wir können nicht erwarten, dass dauerhaft andere dafür Sorge tragen, dass die Menschen in Deutschland sicher leben können.

6 Zeitenwende-Rede des Bundeskanzlers am 27.2.2022 (bundesregierung.de) <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/regierungs-erklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-am-27-februar-2022-2008356>

Deutschland zog zudem Lehren aus Flucht und Vertreibung während des Krieges in Syrien, als innerhalb kurzer Zeit sehr viele Menschen bei uns Schutz suchten. Menschen bleiben nur in ihrer Heimat, wenn sie dort die Chance auf eine friedliche und gute Zukunft sehen. Nur mit sehr viel militärischer, finanzieller und humanitärer Hilfe kann Deutschland dazu beitragen, dass es in der Ukraine solche Bedingungen gibt.



Geflüchtete aus der Ukraine stehen nach ihrer Ankunft auf einem Bahnsteig. Das Leid und die Traumata des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine sind auch in Deutschland präsent. Foto: picture alliance / dpa | Michael Matthey

ES WIRD BEHAUPTET:

5

„Es besteht die Gefahr

einer Eskalation

bis hin zu Angriffen auch auf uns,

wenn wir der Ukraine helfen.“

DIESE BEHAUPTUNG IST FALSCH.

RICHTIG IST:

Diese Behauptung ist Teil der psychologischen Kriegsführung Russlands. Die Gefahr eines russischen Angriffs auf uns steigt nicht, wenn wir der Ukraine helfen. Das Risiko für uns wird dagegen höher, wenn wir Russland in der Ukraine gewähren lassen.^{7,8}

Der russische Großangriff auf die Ukraine im Februar 2022 und die damit verbundene deutsche Entscheidung, der Ukraine auch mit Waffen zu helfen, stellen die deutsche Politik vor eine neue Situation. Weder mit einem solchen Krieg noch mit deutschen Waffenlieferungen gab es im Februar 2022 Erfahrungen. Vor diesem Hintergrund spricht viel dafür, alle Fragen der Militärhilfe für die Ukraine mit großer Vorsicht und Besonnenheit anzugehen.

Gemeinsam mit den USA und weiteren Partnern entschied die Bundesregierung daher zu Recht, zunächst bestimmte Arten von Waffen zu liefern, um dann sorgfältig die Wirkungen im Krieg und mögliche Reaktionen vonseiten des russischen Aggressors analysieren zu können. Nach mehr als zwei Jahren des Kriegsverlaufs lässt sich jedoch festhalten, dass die befürchteten Eskalationen durch die Lieferung bestimmter Waffen oder durch das Angreifen bestimmter Ziele nicht eingetreten sind.

Entgegen einigen ursprünglichen Befürchtungen ist der Krieg durch die Lieferung deutscher Schützenpanzer, Kampfpanzer, Artilleriesysteme und Raketenartillerie zur Unterstützung der Ukraine nicht eskaliert. Das Hauptquartier der russischen Schwarz-

meerflotte auf der Krim wurde von den Streitkräften der Ukraine mit britischen und französischen Marschflugkörpern bekämpft, ohne dass die vorher angenommenen Eskalationen oder sogar ein Einsatz von Atomwaffen durch Russland erfolgten. Keine der deutschen Waffenlieferungen an die Ukraine führte zu Angriffen auf Deutschland oder zu Angriffen auf deutsche Hilfstransporte für die Ukraine.⁷

Russland droht seit Beginn des Großangriffs insbesondere immer wieder mit Raketen und Atomwaffen. Unter Fachleuten besteht große Einigkeit, dass diese Drohungen ein wichtiger Bestandteil der psychologischen Kriegsführung Russlands sind. Es besteht keine reale Gefahr eines russischen Angriffs mit Raketen auf Ziele in Deutschland, weil Deutschland der Ukraine militärische Hilfe leistet. Russland möchte mit derartigen Drohungen Ängste auslösen und stärker erscheinen, als es in Wirklichkeit ist.⁸

„Russland versucht, mit Drohungen und Andeutungen zu einer möglichen „Eskalation“ die Diskussionen in Deutschland zu beeinflussen.“

Die Möglichkeit eines Einsatzes von Atomwaffen durch Russland wird durch die seit Jahrzehnten bewährte nukleare Abschreckung der NATO und durch konkrete Abschreckung vonseiten der USA weiterhin verhindert. Auch China und andere große Nuklearstaaten haben sich gegenüber Russland sehr deutlich gegen den Einsatz von Atomwaffen ausgesprochen und schrecken Russland durch die Androhung drastischer Konsequenzen ab.

7 Jörg Lau: Es droht eine Eskalation, Internationale Politik, <https://internationalepolitik.de/de/es-droht-eine-eskalation>

8 Rose McDermott, Reid Pauly, Paul Slovic: Putin and the Psychology of Nuclear Brinkmanship, Foreign Affairs, <https://www.foreignaffairs.com/ukraine/putin-and-psychology-nuclear-brinkmanship>

Russland versucht, mit Drohungen und Andeutungen zu einer möglichen „Eskalation“ die Diskussionen in Deutschland zu beeinflussen. Aus russischer Sicht ist das ein billiges und bisher oft wirksames Mittel, um die Unterstützung für die Ukraine zu schwächen. In historischer und wissenschaftlicher Perspektive ist dabei

vollkommen klar: Würde Deutschland russischen Drohungen und russischen Erpressungsversuchen nachgeben, würde die russische Seite sofort neue und weitergehende Forderungen aufstellen. Wer sich einmal erpressbar macht, muss dauerhaft unter der Herrschaft eines Erpressers leben.



Annalena Baerbock und Anthony Blinken, die Außenminister Deutschlands und der USA, stehen geschlossen hinter der Unterstützung der Ukraine. Foto: MSC / Kuhlmann

ES WIRD BEHAUPTET:

6

„Wir bezahlen zu viel

für die Ukraine

und die Ukrainer bei uns.

Dadurch geht es

Deutschen schlechter.“

DIESE BEHAUPTUNG IST FALSCH.

RICHTIG IST:

Die Hilfen für die Ukraine führten zu keiner Reduzierung der Ausgaben im Sozialbereich in Deutschland. Die Ukraine jetzt nicht zu unterstützen, käme Deutschland später viel teurer zu stehen.^{9, 10, 11}

Von den 22 Milliarden Euro aus Deutschland für die Ukraine sind etwa drei Milliarden Euro humanitäre Hilfe, etwa 1,4 Milliarden Euro finanzielle Hilfe und etwa 17,6 Milliarden Euro Militärhilfe (Stand Mai 2024).⁹

Mit Hilfen in Höhe von 22 Milliarden Euro in mehr als zwei Jahren ist Deutschland in absoluten Zahlen der zweitgrößte Unterstützer der Ukraine. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt liegt Deutschland mit knapp 0,6 Prozent allerdings an zehnter Stelle der Unterstützer der Ukraine. Zusätzlich zur humanitären, finanziellen und militärischen Hilfe belaufen sich die Kosten für aus der Ukraine Geflüchtete in Deutschland nach zwei Jahren des Krieges auf etwa 21 Milliarden Euro. Auch Polen hat etwa 20 Milliarden Euro für Geflüchtete aus der Ukraine aufgewendet.

Die Summen für die Unterstützung der Ukraine sowie für Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten lassen sich durch Vergleiche besser einordnen. Der gesamte Bundeshaushalt der Bundesrepublik Deutschland beträgt im Jahr 2024 etwa 477 Milliarden Euro. Allein die Ausgaben des Bundesministeriums für

Arbeit und Soziales belaufen sich im Jahr auf 175,7 Milliarden Euro. Im Jahr 2024 reduzierte die Bundesregierung die Ausgaben in diesem Bereich nicht, um Hilfen für die Ukraine zu finanzieren.¹⁰

Zum Vergleich der Größenordnungen: Während die Bundesregierung für die Hilfen für die Ukraine etwa 22 Milliarden Euro in mehr als zwei Jahren aufwendete, gab der deutsche Staat beispielsweise etwa 440 Milliarden Euro für Corona-Hilfen aus und etwa 200 Milliarden für den sogenannten „Abwehrschirm“ gegen die Erhöhung von Energiepreisen. Es wäre also falsch, zu behaupten, dass durch die Unterstützung der Ukraine weniger Geld „für Deutsche“ zur Verfügung gestanden hätte.

” *Die Hilfe für die Ukraine ist eine sinnvolle Investition.*

Die Ausgaben für die Unterstützung der Ukraine liegen im deutschen Interesse. Würden wir der Ukraine nicht helfen, würde sich die Sicherheitslage dort schnell verschlechtern. Ein Zusammenbruch des ukrainischen Staatshaushalts und eine Verschlimmerung der humanitären Lage würden zudem sehr wahrscheinlich neue, sehr große Fluchtbewegungen auslösen. Experten rechnen mit sechs bis acht Millionen weiteren Geflüchteten aus der Ukraine, sollte sich die Lage dort dramatisch negativ entwickeln.

Würde Deutschland jetzt kein Geld zur Unterstützung der Ukraine ausgeben, müsste die Bundesrepublik ihre Ausgaben

9 Ukraine Support Tracker | Kiel Institute (ifw-kiel.de) <https://www.ifw-kiel.de/topics/war-against-ukraine/ukraine-support-tracker/>

10 Bundesfinanzministerium - Bundeshaushalt 2024, https://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Oeffentliche_Finzen/Bundeshaushalt/Bundeshaushalt-2024/bundeshaushalt-2024.html

11 Nico Lange, Carlo Masala: Krieg in der Ukraine: Was, wenn Russland gewinnt | <https://www.zeit.de/politik/ausland/2023-11/krieg-ukraine-russland-wladimir-putin-sieg-europa>



Deutschland unterstützt die Ukraine seit Beginn des Krieges mit humanitärer Hilfe. Die große Mehrheit der Bevölkerung steht hinter diesen Maßnahmen. Im Bild: Hilfsgüter des Deutschen Roten Kreuzes (DRK). Foto: picture alliance / dpa | Annette Riedl

für Sicherheit und Verteidigung in Zukunft in noch deutlich höherem Umfang steigern. Außerdem wären Kosten für die Unterbringung und Versorgung von Millionen weiterer Geflüchteter zu tragen.¹¹

Für alle Steuerzahler in Deutschland ist die Hilfe für die Ukraine vor diesem Hintergrund eine sinnvolle Investition.

ES WIRD BEHAUPTET:

7

„Die Ukraine ist doch

ein total korruptes Land.

Es ist daher nicht richtig,

ihr zu helfen.“

DIESE BEHAUPTUNG IST FALSCH.

RICHTIG IST:

Die Ukraine macht signifikante Fortschritte im Kampf gegen die Korruption. Die EU und Deutschland machen ihre Hilfen davon abhängig, dass die Ukraine Korruption weiter eindämmt.^{12, 13}

Korruption war und ist in der Ukraine ein großes Problem. Das Land leidet seit Jahrzehnten unter Korruption in vielen Lebensbereichen, insbesondere unter systematischer Großkorruption und unter der Vereinnahmung des Staates durch Oligarchen. Doch seit der Orangen Revolution 2004 und besonders seit der Revolution der Würde 2013/2014 kämpft die selbstbewusste ukrainische Zivilgesellschaft dafür, dass Korruption in der Ukraine eine Ausnahme ist und nicht die Regel.

Die Ukraine liegt laut Transparency International unter den Staaten mit der höchsten Korruption in Europa an der zweiten Stelle – hinter Russland. Seit 2014 verbessert sich die Ukraine jedoch stetig und verringert die Korruption systematisch. In der Ukraine gibt es im Gegensatz zu Russland eine unabhängige Antikorruptionsbehörde mit weitgehenden Befugnissen, freien und investigativen Journalismus und eine aktive Zivilgesellschaft. Seit 2014 wurden zahlreiche Korruptionsskandale aufgedeckt.¹²

Die Regeln für das Offenlegen von Eigentum und Einkommen ukrainischer Parlamentarier und wichtiger Amtsträger gehören mittlerweile zu den strengsten in ganz Europa. In elektronischen Erklärungen, die für alle Bürger einsehbar sind, müssen alle Amts- und Mandatsträger detailliert ihren Besitz und ihre Einkünfte

angeben. Dadurch fällt in der Ukraine jetzt schnell auf, wenn teure Autos, Immobilien und Uhren nicht mit dem angegebenen Einkommen zusammenpassen. Die Vereinten Nationen bewerten das als ein bahnbrechendes System zur Verhinderung von Korruption. Staatliche Vergaben für Aufträge werden mittlerweile über ein digitales System abgewickelt, das den gesamten Prozess öffentlich und transparent abbildet. Dadurch wird Korruption systematisch zurückgedrängt.¹³

Leider deckten die Behörden in der Ukraine auch während des Krieges neue, große Korruptionsfälle auf. Das führte in der ukrainischen Gesellschaft zu Wut und zu einem Drängen auf Veränderungen. In der Folge wurden die Täter bestraft, personelle Veränderungen an der Spitze staatlicher Institutionen angestoßen und eine breite gesellschaftliche Debatte in Gang gesetzt. Die Ukraine machte zuletzt während des Krieges einige wichtige Fortschritte im Kampf gegen die Korruption, die international Anerkennung fanden. Auch wegen dieser Fortschritte entschied die EU, der Ukraine einen Status als Beitrittskandidaten zu geben.

„ Es wäre zynisch und ein Bruch des internationalen Rechts, Menschen in einem überfallenen Land nicht beizustehen, weil es dort Probleme mit Korruption gibt.

Staaten, die der Ukraine im Krieg Hilfe leisten, knüpfen ihre Hilfe an harte Bedingungen. Sie verlangen Transparenz, Kontrolle und Vorbeugung von Korruption.

12 Ukraine - Transparency.org, <https://www.transparency.org/en/countries/ukraine>

13 NABU - REPORT FIRST HALF 2023, <https://reports.nabu.gov.ua/en/>

Seitdem die Ukraine Beitrittskandidat zur Europäischen Union ist, gelten EU-Regeln und Kriterien für die Korruptionsbekämpfung. Die EU unterstützt die Ukraine im Kampf gegen die Korruption. Die Partner der Ukraine für Hilfe und Wiederaufbau haben mit dem EU-Beitrittsprozess jetzt Instrumente, um finanzielle Hilfen für die Ukraine und Fortschritte bei der EU-Annäherung von ukrainischen Verbesserungen bei der Bekämpfung der Korruption abhängig zu machen.

Für die Ukraine ist die Bekämpfung und Verhinderung von Korruption noch ein weiter Weg. Unabhängig davon wäre es aber zynisch und ein Bruch des internationalen Rechts, Menschen in einem überfallenen Land nicht beizustehen, weil es dort Probleme mit Korruption gibt. Deutschland und die EU nutzen jetzt starke Instrumente, um EU-Betritt und Aufbauhilfen mit Bedingungen zu verknüpfen. Sie üben Druck auf die Ukraine aus, zur Bekämpfung der Korruption weitere Schritte zu unternehmen.



Die Ukraine nimmt den Kampf gegen Korruption ernst. Hier wird der ehemalige Richter des Obersten Gerichts der Ukraine, Wsewolod Knjasewitsch (im blauen Pullover), vor dem Obersten Anti-Korruptionsgericht der Ukraine angehört. Er wurde im Mai 2023 verhaftet. Ihm wird die Annahme von Bestechungsgeldern in Höhe von 2,7 Millionen US-Dollar zur Last gelegt.
Foto: Viacheslav Ratynskiy / Anadolu Agency / picture alliance / dpa

ES WIRD BEHAUPTET:

8

„Die Ukraine ist kein

eigenständiges Land,

sondern ein Teil

Russlands.“

DIESE BEHAUPTUNG IST FALSCH.

RICHTIG IST:

Die Ukraine ist nicht Russland
und die Ukrainerinnen
und Ukrainer haben sich
bereits 1991 mit großer
Mehrheit für die Unabhängigkeit
ausgesprochen.¹⁴

Die Vorgeschichte des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine ist lang. Die russischen Motive für diesen Krieg sind nur zu verstehen, wenn man die Worte Putins ernst nimmt, dass es aus seiner Sicht gar keine Ukraine und keine Ukrainer gibt. Der russische Präsident Wladimir Putin betrachtet Russland und die Ukraine als „ein Volk“ und verweigert damit in einer jahrhundertealten Tradition des russischen Imperialismus der ukrainischen Nation ein Existenzrecht.

Die Ukrainerinnen und Ukrainer wollen seit einem Referendum im Dezember 1991 mit 90 Prozent Zustimmung eigenständig und unabhängig von Russland leben. Russland versuchte seitdem jedoch immer wieder, die Unabhängigkeit der Ukraine einzuschränken. Der zweite ukrainische Präsident Leonid Kutschma, der von 1994 bis 2004 das Land regierte, prägte im Jahr 2003 diesbezüglich die Formulierung: „Die Ukraine ist nicht Russland.“

2004 setzte Putin sich für die Wahl des russlandfreundlichen Politikers Wiktor Janukowytsch ein, der versuchte, sich mit Wahlfälschungen durchzusetzen. Putins Ziel war, eine von Russland abhängige und durch Russland steuerbare Regierung in der Ukraine zu installieren.

Während des Wahlkampfs im Jahr 2004 kamen zum ersten Mal Erzählungen von einer vermeintlichen Teilung der Ukraine in

Ost und West und von einer angeblichen Unterdrückung russischsprachiger Menschen in der Ukraine auf. Bis dahin hatten solche Fragen für die Ukrainer keine relevante Rolle gespielt. Es gab in der Ukraine sehr viele russischsprachige Ukrainer, die sich nach Europa orientierten. In der Hauptstadt Kiew und in vielen anderen Städten der Ukraine wurde viel Russisch gesprochen, ohne dass das bedeutet hätte, dass diese Menschen sich als Russen verstanden hätten oder zu Russland gehören wollten.

„ Die Ukrainerinnen und Ukrainer wollen seit einem Referendum im Dezember 1991 mit 90 Prozent Zustimmung eigenständig und unabhängig von Russland leben.

Die Wahlfälschungen und die offene Einmischung Russlands in die ukrainischen Präsidentschaftswahlen 2004 führten schließlich zu den Protesten der Orangen Revolution. Große Teile der ukrainischen Zivilgesellschaft demonstrierten für freie Wahlen und für eine Unabhängigkeit der Ukraine von Russland. Sie erzwangen damit einen dritten Wahlgang, bei dem der eigentliche Wahlsieger Wiktor Juschtschenko (Amtszeit 2005–2010), dessen Sieg durch die Fälschungen des zweiten Wahlgangs verhindert werden sollte, erneut gewann.

Nach Korruptionsskandalen und anhaltenden Streitigkeiten in der ukrainischen Politik wurde Wiktor Janukowytsch im Jahr 2010 doch noch zum Präsidenten gewählt, auch weil er sich selbst veränderte und proeuropäisch darstellte. Im Herbst 2013

14 Marci Shore, *Ukrainian Night: An Intimate History of Revolution*, New Haven: Yale University Press, 2018.



Ukrainerinnen und Ukrainer feiern am 25. August 1991 ihre Autonomie. Die Ukraine hatte einen Tag zuvor formell ihre Unabhängigkeit von der Zentralregierung in Moskau erklärt. In dem darauffolgenden Referendum am 1. Dezember 1991 stimmten 90,3 Prozent der Menschen für die Unabhängigkeit. Foto: picture-alliance / dpa | afp

lehnte Janukowytch nach einem Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin jedoch plötzlich strikt ab, ein fertig verhandeltes Assoziierungsabkommen der Ukraine mit der EU zu unterschreiben. Daraufhin begannen die großen Proteste des Euromaidan, die sich zur Revolution der Würde ausweiteten.¹⁴

Das Regime von Wiktor Janukowytch ließ 100 Demonstranten erschießen, bevor Janukowytch vor den anhaltenden Protesten nach Russland floh. Im Februar

2014 erklärte ihn das ukrainische Parlament für abgesetzt. Die Revolution der Würde hatte gesiegt. Damit verlor Russland jeglichen politischen Einfluss auf die Ukraine und griff umgehend zu militärischen Mitteln. Putin gab den Befehl für die völkerrechtswidrige Annexion der Krim. Kurz darauf begann, angeleitet durch russische Geheimdienstoffiziere, mit der Besetzung von Verwaltungsgebäuden in Kramatorsk und Slowjansk der Krieg im Donbass.

ES WIRD BEHAUPTET:

9

„Die NATO

und der Westen

tragen durch die Erweiterung

der NATO

eine Mitschuld an diesem Krieg.“

DIESE BEHAUPTUNG IST FALSCH.

RICHTIG IST:

Die Schuld an diesem Krieg trägt Wladimir Putin. Es gab nie eine Zusage des Westens, die NATO nicht nach Osten zu erweitern. Die NATO ist ein reines Verteidigungsbündnis und Russland hat anerkannt, kein Veto-Recht gegen die NATO-Mitgliedschaft anderer Länder zu haben.^{15, 16}

Eine der am häufigsten wiederholten Behauptungen im Zusammenhang mit Russlands Krieg gegen die Ukraine ist, der Westen habe Russland versprochen, die NATO nicht nach Osten zu erweitern. Russland versucht, sich mit dieser Erzählung in die Rolle eines Opfers der NATO-Politik zu bringen. In Wahrheit gab es derartige Zusicherungen nie.

Der Inhalt des Zwei-plus-Vier-Vertrags von 1990 über die abschließende Regelung in Bezug auf die deutsche Wiedervereinigung zeigt, dass es bei den Verhandlungen ausschließlich um die Zukunft des wiedervereinigten Deutschlands ging. Die NATO-Mitgliedschaft Ostdeutschlands wurde im Vertrag geregelt. Andere osteuropäische Länder wurden in dem Vertrag mit keinem Wort erwähnt. Das von der Sowjetunion geführte Militärbündnis Warschauer Pakt, in dem viele osteuropäische Staaten Mitglieder waren, bestand noch bis 1991.¹⁵

Michail Gorbatschow, 1985–1991 Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) und von März 1990 bis Dezember 1991 letzter Staatspräsident der Sowjetunion, erklärte selbst im Jahr 2014 in einem Interview: „Das Thema NATO-Erweiterung

wurde überhaupt nicht diskutiert, und es wurde in jenen Jahren auch nicht angesprochen. Ich sage das mit voller Verantwortung. Kein einziges osteuropäisches Land hat das Thema angesprochen, nicht einmal nach dem Ende des Warschauer Pakts 1991. Auch die westlichen Staats- und Regierungschefs brachten es nicht zur Sprache.“

Erweiterungen der NATO gehen nicht von der NATO aus, sondern von den Staaten, die Mitglieder werden wollen. Eine NATO-Mitgliedschaft ist eine souveräne und demokratische Entscheidung der Länder, die der Allianz beitreten wollen, und der Bündnispartner.

” *Das Thema NATO-Erweiterung wurde überhaupt nicht diskutiert. [...] Kein einziges osteuropäisches Land hat das Thema angesprochen, nicht einmal nach dem Ende des Warschauer Pakts 1991. Auch die westlichen Staats- und Regierungschefs brachten es nicht zur Sprache.*

Michail Gorbatschow
bis 1991 letzter Präsident der Sowjetunion

Im Mai 1997 unterzeichneten die Mitglieder der NATO und Russland die NATO-Russland-Grundakte. Beide Seiten verpflichten sich darin, die Souveränität aller Staaten zu achten. Russland erkennt in der NATO-Russland-Grundakte an, dass es kein Vetorecht gegen die NATO-Mitgliedschaft anderer Länder hat.¹⁶

Der russische Präsident Wladimir Putin versucht, den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine damit zu rechtfertigen,

15 Zwei-plus-Vier-Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland | bpb.de <https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/zwei-plus-vier-vertrag/>

16 NATO - Official text: Founding Act on Mutual Relations, Cooperation and Security between NATO and the Russian Federation signed in Paris, France, 27-May-1997, https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_25468.htm?selectedLocale=de Paris, France, 27-May-1997

einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine zuvorkommen zu müssen. Tatsächlich war die euro-atlantische Integration der Ukraine bereits ab 2002 ein offizielles Ziel der ukrainischen Politik. Auf dem NATO-Gipfel in Bukarest 2008 beschloss die NATO jedoch, der Ukraine keinen Aktionsplan für die NATO-Mitgliedschaft (MAP) anzubieten, da „noch Fragen bezüglich des MAP-Antrags [der Ukraine] offen sind“. Die NATO versuchte also nicht, die Ukraine zu einer Mitgliedschaft zu drängen, sondern die Ukraine ging auf die NATO zu.

Noch bei einem Besuch in der Ukraine im Februar 2011 betonte der damalige NATO-

Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen (Amtszeit 2009–2014), dass die NATO die Ukraine nicht drängt und den Status des Landes als Nicht-Bündnispartner respektiert. Die NATO ist ein Verteidigungsbündnis. Sie stellt für Russland keine Bedrohung dar. Russland ist geografisch das größte Land der Welt. Mit dem Beitritt Finnlands zur NATO im April 2023 hat sich die Landgrenze der NATO zu Russland mehr als verdoppelt. Doch selbst nach dem Beitritt Finnlands beträgt der Anteil der russischen Landgrenze mit NATO-Staaten nur elf Prozent. Es kann nicht die Rede davon sein, dass Russland von der NATO umzingelt oder in die Enge getrieben worden sei.



Präsident Michail Gorbatschow (Mitte) beglückwünscht die sechs Außenminister nach der Unterzeichnung der Vereinbarung zum Abschluss der 2+4-Konferenz, die den Rahmen für die deutsche Wiedervereinigung bildet, am 12. September 1990 in Moskau. Die NATO-Mitgliedschaft osteuropäischer Länder sei dabei kein Thema gewesen, so Gorbatschow. Von links nach rechts: der französische Außenminister Roland Dumas, der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse, der US-amerikanische Außenminister James Baker, der westdeutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher, der ostdeutsche Ministerpräsident und Außenminister Lothar de Maiziere und der britische Außenminister Douglas Hurd. Foto: picture alliance / AP | Liu Heung Shin

ES WIRD BEHAUPTET:

10

„Das Gebiet

der Ukraine ist

der Ursprung

Russlands.

Die Krim gehört zu Russland.“

DIESE BEHAUPTUNG IST FALSCH.

RICHTIG IST:

Die Kiewer Rus war ein multiethnisches Reich und Kern der gemeinsamen Identität mehrerer ostslawischer Völker. Die Zugehörigkeit der Krim zu Russland ist historisch nicht belegt.^{17, 18}

Das heutige Staatsgebiet der Ukraine war im Verlauf der Geschichte Teil von 14 unterschiedlichen Staaten. Das Königreich Polen-Litauen, die Monarchie der Habsburger, das Russische Reich und die Sowjetunion prägten historisch die Ukraine.

Im späten 9. Jahrhundert begründeten ursprünglich normannische Krieger und Kaufleute, die „Rus“ genannt wurden, am mittleren Dnipro ein staatsähnliches Gebilde mit dem Zentrum Kyjiw, das nach ihnen die Bezeichnung „Kiewer Rus“ erhielt. Am Ende des 10. Jahrhunderts nahm Fürst Wolodymyr dort das Christentum an, und die Rus gehörte fortan zur Welt des Byzantinischen Reiches und der Orthodoxen Kirche.

„ *Die Geschichte der Ukraine ist insgesamt sehr stark geprägt von der Unterdrückung der Ukrainer, der ukrainischen Sprache und Kultur durch das Russische Reich und die Sowjetunion.*

Die Kiewer Rus war ein multiethnisches Reich und ist historisch nicht der Ursprung eines nationalrussischen Staates. Die Rus kann als Kern einer gemeinsamen Kultur, Religion und Identität mehrerer ostslawischer Völker bezeichnet werden. Eine Reduzierung auf die „Wurzel Russlands“

ist historisch falsch. Moskau stieg als Fürstentum erst im 14. und 15. Jahrhundert zur Vormacht im Gebiet der ehemaligen Rus auf. Putins Russland deutet die Geschichte also gezielt um und instrumentalisiert sie, um aus dieser verfälschten Geschichtsschreibung aktuelle russische Ansprüche abzuleiten.

Die Geschichte der Ukraine ist insgesamt sehr stark geprägt von der Unterdrückung der Ukrainer, der ukrainischen Sprache und Kultur durch das Russische Reich und die Sowjetunion. Putin knüpft an diese imperialistischen russischen Traditionen an. Nach dieser russischen imperialistischen Vorstellung sind die Ukrainer eine minderwertige Form der Russen als sogenannte „Kleinrussen“, die ukrainische Sprache gilt als primitiver und ungebildeter Dialekt der russischen Sprache und die ukrainische Kultur wird auf einfache Folklore reduziert.¹⁷

Doch bereits zu Beginn der Sowjetunion erkannte die sowjetische Führung die tatsächliche Existenz einer ukrainischen Nation an und ordnete ihr eine eigene Ukrainische Sowjetrepublik zu. Während einer kurzen Phase in den 1920er Jahren förderte die Sowjetunion sogar die ukrainische Sprache und Kultur. Historiker sehen eine Herausbildung einer ukrainischen Nation bereits ab der Frühen Neuzeit, die sich in einer ukrainischen Nationalbewegung fortsetzte. Revolutionen zu Beginn des 20. Jahrhunderts führten zum Ausrufen einer unabhängigen Ukrainischen Volksrepublik 1917 und einer Phase der ukrainischen Unabhängigkeit von 1918 bis 1920.

17 Andreas Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, C.H. Beck, 2019.

18 Krim Geschichte - Konflikt aktuell - Ukraine oder Russland? Wem gehört die Krim historisch? Wird Ukraine Krieg erst enden, wenn Krim-Frage entschieden ist? (lpb-bw.de), <https://www.lpb-bw.de/ukraine-krim>



Das Denkmal des Fürsten Wolodymyr I., der im Jahr 988 das mittelalterliche Reich der Kiewer Rus taufen ließ, blickt in Kiew über den Fluss Dnipro. Foto: picture alliance / dpa | Friedemann Kohler

Auch oft verbreitete Mythen über die Zugehörigkeit der Krim zu Russland halten einer historischen Überprüfung nicht stand. Vielmehr gehörte die Krim über Jahrhunderte zum Osmanischen Reich, war islamisch geprägt und Sitz des Krim-Khans. Erst Ende des 18. Jahrhunderts wurde die Krim vom russischen Zarenreich annektiert. Ab 1921 war die Krim eine autonome Republik innerhalb der Sowjetunion und wurde ab 1954 als Oblast Krim an die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik angeschlossen. Die Übergabe der Krim von der Russischen Sozialistischen Föderativen

Sowjetrepublik an die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik erfolgte nicht etwa aus einer Laune heraus als „Schenkungs“ durch einen betrunkenen Nikita Chruschtschow (von 1953 bis 1964 Erster Sekretär der KPdSU), sondern gezielt am 300. Jahrestags des Vertrages von Perejaslaw von 1654 aufgrund der gemeinsamen Wirtschaft, der territorialen Nähe und der engen kulturellen Beziehungen zwischen der Krim und der Ukraine. Ab 1992 war die Krim wieder eine „Republik Krim“, ab 1994 autonome Republik innerhalb der Ukraine.¹⁸

Glossar – Abkürzungen, Daten und Begriffe

24. Februar 2022

An diesem Tag gab der russische Präsident Wladimir Putin den Befehl zum Großangriff der russischen Streitkräfte gegen die Ukraine, den er als „Militärische Spezialoperation“ bezeichnete. Eine angebliche Bedrohung der seit 2014 mit russischer Hilfe der Kontrolle der ukrainischen Regierung entzogenen Gebiete in der Nähe der Städte Donezk und Luhansk diente als Vorwand für den russischen Angriff.

Quellen:

Süddeutsche Zeitung online,
Nachrichtenüberblick am Morgen des 24.02.2022,
<https://www.sueddeutsche.de/politik>
Bundeszentrale für politische Bildung: Chronik:
24. Februar bis 1. März 2022, Ukraine-Analyse Nr. 265
<https://www.bpb.de/themen/europa/ukraine-analysen>

Butscha

Vom ersten Tag des russischen Angriffs auf die Ukraine bis zur Rückeroberung der Gebiete am 1. April 2022 durch ukrainische Streitkräfte wurden in Vororten Kiews durch russische Kämpfer und Soldaten unzählige massive Kriegsverbrechen an der Zivilbevölkerung begangen. Das Massaker von Butscha gilt als eines der schlimmsten im bisherigen Kriegsverlauf. In Butscha wurden Hunderte Leichen geborgen, die Opfer waren zum Teil gefoltert und mit gefesselten Händen erschossen worden. Im benachbarten Irpin fielen den Gräueltaten nach Schätzungen bis zu 300 Menschen

zum Opfer, zahlreiche Menschen wurden vergewaltigt und gefoltert.

Quellen:

Süddeutsche Zeitung online: Florian Hassel:
Folter und Mord auf Befehl, 04.02.2022
www.sueddeutsche.de/politik
Süddeutsche Zeitung online: Stefan Kornelius:
Schaut auf Butscha, 03.04.2022
www.sueddeutsche.de/meinung
Redaktionsnetzwerk Deutschland: RND/dpa:
Kriegsverbrechen in Irpin, 07.04.2022
www.rnd.de/politik
Bundeszentrale für politische Bildung:
Dokumentation, Ukraine-Analysen Nr. 272, 21.07.2022
www.bpb.de/themen/europa/ukraine-analysen

Bruttoinlandsprodukt (BIP)

Das Bruttoinlandsprodukt ist eine volkswirtschaftliche Kennzahl für die Wirtschaftskraft eines Landes. Es umfasst den Gesamtwert aller Waren und Dienstleistungen, die in einem Jahr produziert wurden, abzüglich der Vorleistungen (Wertschöpfung).

Quelle:

Destatis, Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen - Bruttoinlandsprodukt (BIP)
www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft

Dnipro

Der 2201 km lange Strom Dnipro fließt durch Russland, Belarus und die Ukraine bei Cherson ins Schwarze Meer. Er ist der drittlängste Fluss Europas (nach der Wolga und der Donau) und auf rund 1700 km schiffbar. Der Dnipro passiert auch Kiew und gilt als nationales Symbol der Ukraine.

Quellen:

Deutschlandfunk Kultur: Ricarda Vulpius: Die Ukraine ist Europa im Kleinen: Dnipro – Industriestadt im Wandel, 16.03.2022 www.deutschlandfunkkultur.de
Encyclopaedia Britannica: Dnieper River www.britannica.com/place/Dnieper-River

Donbass und die Volksrepubliken Donezk und Luhansk

Der Donbass (oder auch das Donezbecken) ist eine Industrie- und Steinkohleregion auf ukrainischem und russischem Staatsgebiet. Zum Donbass gehören in der Ukraine der nördliche und mittlere Teil der Oblast Donezk, der Süden der Oblast Luhansk und der Osten der Oblast Dnipropetrowsk, auf russischer Seite der Westen der Oblast Rostow. Im ukrainischen Donbass begann der Krieg im Frühjahr 2014 fast gleichzeitig mit der russischen Besetzung der Krim. Unter Anleitung des ehemaligen russischen Offiziers Igor Girkin besetzten bewaffnete Gruppen Verwaltungsgebäude in den ukrainischen Städten Kramatorsk und Slowjansk. Russland griff später mit regulären Streitkräften in den Krieg ein, der durch die beiden Waffenstillstandsabkommen Minsk I und Minsk II nicht beendet werden konnte. Direkt nach der Unterzeichnung brach die russisch-separatistische Seite die Vereinbarungen.

Quellen:

Stiftung Wissenschaft und Politik: Der Donbas-Konflikt. Widerstrebende Narrative und Interessen, schwieriger Friedensprozess. SWP-Studie, 08.02.2019 www.swp-berlin.org
Bundeszentrale für politische Bildung: Der Donbas. Videoglossar – Was man über die Ukraine wissen sollte www.bpb.de/mediathek
Redaktionsnetzwerk Deutschland: RND/dpa: Ukraine unter russischem Beschuss. Putin greift Ukraine an: Einmarsch hat begonnen, 24.02.2022 www.rnd.de/politik

EU

Die Europäische Union (EU) ist ein Verbund aus 27 Staaten, von denen 20 Staaten eine Wirtschafts- und Währungsunion bilden. Ihre gemeinsamen Grundsätze und Werte lauten Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit, Förderung von Frieden und Stabilität. Im EU-Raum leben insgesamt etwa 450 Millionen Einwohner. Die EU geht auf die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) von 1958 zurück mit ursprünglich sechs Ländern: Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden. Seither haben sich 22 weitere Länder angeschlossen. Das Vereinigte Königreich ist allerdings am 31. Januar 2020 aus der EU ausgetreten (Brexit). Der große Binnenmarkt und die Freizügigkeit in der EU sind ein Motor der wirtschaftlichen Entwicklung. 2012 wurde die EU für ihren Einsatz für Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechte in Europa mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Nach Art. 49 EU-Vertrag kann jeder europäische Staat, der die Werte der EU achtet, die EU-Mitgliedschaft beantragen.

Quellen:

Webseite der Europäischen Union:
Ein kurzer Leitfaden zur EU op.europa.eu/webpub/com/short-guide-eu/de/
Bundeszentrale für politische Bildung:
Dossier Europäische Union www.bpb.de/themen/europaeische-union

Euromaidan – Revolution der Würde

Der Euromaidan wird in der Ukraine auch „Revolution der Würde“ genannt. Am 21. November 2013 verweigerte der pro-russische Präsident Wiktor Janukowytsch die zugesicherte Unterzeichnung eines

Assoziierungsabkommens der Ukraine mit der EU. Daraufhin demonstrierten bis zu 800 000 Menschen in den folgenden Monaten auf dem Kiewer Unabhängigkeitsplatz Maidan. Sie forderten Janukowytchs Rücktritt und Reformen. Die Polizei ging mehrfach massiv gegen die Protestierenden vor und erschoss im Februar 2014 rund 100 Personen.

Quellen:

Neue Zürcher Zeitung: Christian Weisflog und Ivo Mijssen: Chronologie der Maidan-Revolution, 22.04.2022 www.nzz.ch/international/ukraine-chronologie-der-maidan-revolution
Deutschlandfunk: Natascha Freundel: Fünf Jahre Euromaidan in der Ukraine: „Was ist nur los mit diesem Land?“, 21.11.2018 www.deutschlandfunk.de

Flug MH17

Der Malaysia-Airlines-Flug MH17 stürzte auf dem Weg von Amsterdam nach Kuala Lumpur am 17. Juli 2014 aus einer Flughöhe von 10 000 Metern rund 50 Kilometer von der russischen Grenze entfernt in der Oblast Donezk in der Ostukraine ab. Alle 298 Insassen kamen ums Leben. Die Maschine war von einer russischen Luftabwehrrakete des Typs Buk M1 getroffen worden. Am 17. November 2022 verurteilte das Bezirksgericht in Den Haag in den Niederlanden die russischen Offiziere Girkin, Chartschenko und Dubinskij zu lebenslangen Haftstrafen für den Abschuss des Fluges MH17 und den Tod der 298 Passagiere.

Quelle:

Bundeszentrale für politische Bildung:
Dokumentation: Chronologie:
Der Abschuss von Flug MH-17, 05.03.2020 www.bpb.de/themen/europa/ukraine-analysen

Hybride Kriegsführung

Unter hybrider Kriegsführung versteht man die Kombination klassischer und verdeckter

Militäreinsätze mit einem Mix aus Propaganda, Falschinformationen, Spionageangriffen und Cyber-Attacken zur Destabilisierung des Gegners. Über die Manipulation der Bevölkerung wird wirtschaftlicher und politischer Druck ausgeübt, Gesellschaften werden unterminiert und die Demokratie und ihre Institutionen geschwächt. Die wahren Absichten und Hintergründe werden gezielt verschleiert, die eigenen Ziele mit konstruierten Narrativen und inszenierten Ereignissen zu legitimieren versucht.

Quellen:

tagesschau: Analyse – Putins hybride Kriegsführung, 22.02.2022 www.tagesschau.de/ausland/europa
Webseite des Bundesministeriums für Verteidigung: Was sind hybride Bedrohungen? www.bmvg.de/de/themen/sicherheitspolitik/hybride-bedrohungen

Krim

Die Krim ist eine Halbinsel im Süden der Ukraine zwischen dem Schwarzen und dem Asowschen Meer. Sie umfasst die Autonome Republik Krim und die eigenständige Stadt Sewastopol.

Quellen:

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: Die Krim – Wechselvolle Geschichte und aktuelle Situation www.lpb-bw.de/ukraine-krim
zdf heute: Nina Niebergall: Jahrestag der Annexion: Umkämpfte Krim: Geschlossen hinter Putin?, 18.03.2023 www.zdf.de/nachrichten/politik

NATO

Am 4. April 1949 wurde die North Atlantic Treaty Organization (NATO) als politisch-militärisches Verteidigungsbündnis gegründet. Der Nordatlantikvertrag regelt den rechtlichen Rahmen der NATO sowie die Rechte und Pflichten der Mitgliedsstaaten. Deutschland wurde 1955 aufgenommen. Die NATO war im Kalten Krieg

Gegenspielerin des Warschauer Pakts der Ostblockländer, allen voran der Sowjetunion. Während sich der Warschauer Pakt nach dem Fall des Eisernen Vorhangs auflöste, blieb die NATO bestehen. Ihr schlossen sich aus eigenem Antrieb auch ehemalige Warschauer-Pakt-Länder an. Aktuell zählt die NATO 32 Mitglieder.

Quelle:

NATO: Was ist die NATO?
www.nato.int/nato-welcome

NATO-Mitgliedschaft, Aktionsplan für die NATO-Mitgliedschaft (MAP)

Der Aktionsplan zur Mitgliedschaft (Membership Action Plan, MAP) ist ein 1999 eingeführtes NATO-Programm für Beratung, Hilfe und praktische Unterstützung, das auf die individuellen Bedürfnisse von Staaten zugeschnitten ist, die dem Bündnis beitreten wollen. Die Teilnahme am MAP greift einer Entscheidung des Bündnisses über eine künftige Mitgliedschaft nicht vor. Die „Politik der offenen Tür“ der NATO stützt sich auf Artikel 10 des Washingtoner Vertrags, in dem es heißt, dass die Mitgliedschaft jedem „europäischen Staat offensteht, der in der Lage ist, die Grundsätze dieses Vertrags zu fördern und zur Sicherheit des nordatlantischen Raums beizutragen“.

Quelle:

NATO: Topics – Membership Action Plan (MAP)
www.nato.int

NATO-Erweiterung

Seit der Gründung der NATO 1949 ist die Zahl der Mitglieder von den zwölf Gründungsmitgliedern (USA und Kanada sowie die westeuropäischen Länder Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien,

Island, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen und Portugal) durch zehn Erweiterungsrounds in den Jahren 1952 (Griechenland, Türkei), 1955 (Bundesrepublik Deutschland), 1982 (Spanien), 1999 (Tschechien, Ungarn, Polen), 2004 (Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei, Slowenien), 2009 (Albanien, Kroatien), 2017 (Montenegro), 2020 (Nordmazedonien), 2023 (Finnland) und 2024 (Schweden) auf die heutigen 32 Mitglieder gestiegen. Die Aufnahme neuer Mitglieder in die NATO stellt für Nicht-NATO-Staaten keine Bedrohung dar. Auf dem Bukarester NATO-Gipfel 2008 haben sich die Bündnispartner darauf geeinigt, dass Georgien und die Ukraine in Zukunft Mitglieder der NATO werden sollen. Ein Zeitplan wurde nicht vereinbart. Bosnien und Herzegowina wurde im April 2010 eingeladen, dem Membership Action Plan (MAP) beizutreten. Aufgrund des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine befürworteten 2022 auch 83 Prozent der Ukrainerinnen und Ukrainer eine NATO-Mitgliedschaft.

Quelle:

NATO: Topics – Enlargement and Article 10
www.nato.int

NATO-Russland-Grundakte

Die Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der NATO und der Russischen Föderation von 1997 fixiert den Willen der Beteiligten, „gemeinsam im euroatlantischen Raum einen dauerhaften und umfassenden Frieden auf der Grundlage der Prinzipien der Demokratie und der kooperativen Sicherheit“ zu schaffen. Sie beinhaltet unter anderem auch den Verzicht auf Gewalt, die Achtung der Souveränität

und territorialen Unversehrtheit anderer Staaten, Rüstungskontrolle, aber auch die Absichtserklärung zur Fortsetzung des Demokratisierungsprozesses in Russland.

Quelle:

NATO: Grundakte, offizieller Text www.nato.int

Nukleare Abschreckung

Das Prinzip der nuklearen Abschreckung basiert auf der Angst vor einem Gegen-schlag. Wer Atombomben einsetzt (Erstschlag), muss postwendend mit dem vernichtenden Einsatz der Kernwaffen des Gegners rechnen (Zweitschlag). Der Hauptzweck der nuklearen Fähigkeiten der NATO ist laut Jessica Cox, Direktor für Nuklearpolitik bei der NATO, „die Wahrung des Friedens, der Schutz vor Zwangsmaßnahmen und die Abschreckung von Aggressionen“. Ziel sei zwar „eine Welt ohne Kernwaffen“, doch solange es Kernwaffen gebe, werde die NATO ein nukleares Bündnis bleiben.

Quellen:

NATO: Jessica Cox: Nukleare Abschreckung heute, 08.06.2020 www.nato.int/docu/review/articles
BR 24 Wissen: Atomwaffen: „Unberechenbarkeit gehört zur Abschreckung“, 22.07.2023 www.br.de/nachrichten/wissen

Oblast

Übersetzt bedeutet Oblast „Gebiet“. Es handelt sich um eine Verwaltungseinheit, in Deutschland vergleichbar mit einem Regierungsbezirk oder einem Bundesland. Die Ukraine ist allerdings ein Zentralstaat, daher sind Oblaste direkt der Regierung in Kiew unterstellt. Oblaste gab es schon im Russischen Reich, auch in Russland, Bulgarien, Kasachstan, Kirgisistan und der Slowakei heißen Bezirke noch so. In der

Ukraine sind sie meist nach der größten Stadt in der Oblast benannt.

Quelle:

Süddeutsche Zeitung online: Thomas Balbierer: Aktuelles Lexikon – Oblast, 02.03.2022 www.sueddeutsche.de

Oligarch

Der Begriff Oligarchie kommt aus dem Griechischen und bedeutet so viel wie Herrschaft von wenigen. Laut Digitalem Wörterbuch der Deutschen Sprache (DWDS) ist ein Oligarch eine „Person, die durch den rücksichtslosen Aufkauf von Unternehmen in einem Wirtschaftszweig eine marktbeherrschende Stellung erreicht hat, über extremen Reichtum und oft erheblichen politischen Einfluss verfügt“.

Quellen:

Digitales Wörterbuch der Deutschen Sprache: Oligarch www.dwds.de/wb/Oligarch
Focus online: Oliver März: Praxistipp – Was ist ein Oligarch?, 02.03.2023 praxistipps.focus.de

Orange Revolution 2004

Mit einer Reihe von Massenprotesten und Streiks reagierten die Menschen auf die von der Opposition angeprangerten Fälschungen bei den Präsidentschaftswahlen 2004 in der Ukraine. Ihren Namen bekam die Revolution nach der Farbe der Wahlkampagne des Präsidentschaftskandidaten aus dem westlichen Lager, Wiktor Juschtschenko. Die Orange Revolution dauerte etwa zwei Monate und verlief unblutig.

Quellen:

Encyclopaedia Britannica online: The Orange Revolution and the Yushchenko presidency www.britannica.com
Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: Infoportal östliches Europa - Orange Revolution Ukraine 2004 osteuropa.lpb-bw.de/orange-revolution-ukraine

OSZE / OSCE, OSZE-Beobachtermission

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE, engl. Organization for Security and Co-Operation in Europe, OSCE) ist mit 57 Teilnehmerstaaten in Nordamerika, Europa und Asien die weltweit größte regionale Sicherheitsorganisation. Die OSZE setzt sich durch politischen Dialog über gemeinsame Werte und durch nachhaltige praktische Arbeit für Stabilität, Frieden und Demokratie ein. Sie hilft bei Fragen der Konfliktverhütung, des Krisenmanagements und der Konfliktfolgenbeseitigung sowie beim Abbau von Differenzen und dem Aufbau von Vertrauen zwischen Staaten. Darunter fallen auch die OSZE-Beobachtermissionen, zum Beispiel im Donbass. Der OSZE-Sicherheitsansatz verbindet die politisch-militärische Dimension, die Wirtschafts- und Umweltdimension und die menschliche Dimension miteinander. Die OSZE hat ihren Sitz in Wien und geht auf die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) zurück, die 1973 ihre Arbeit aufnahm und mit der Schlussakte von Helsinki 1975 besiegelte. 1994 wurde beschlossen, die KSZE als dauerhafte Institution einzurichten; 1995 wurde sie in OSZE umbenannt.

Quelle:

Homepage der OSZE: Wer wir sind www.osce.org/de

Russische Föderation

Russische Föderation (auch Russländische Föderation) ist der amtliche Name Russlands. Die Föderation besteht aus Einheiten, die Föderationssubjekte genannt werden und weitgehend von Moskau abhängig sind. Die Annexion der ukraini-

schen Krim und der Stadt Sewastopol 2024 durch Russland ist völkerrechtswidrig und international nicht anerkannt. Das gilt auch für die Eingliederung der ukrainischen Gebiete Donezk, Luhansk, Cherson und Saporischschja am 30. September 2022. Die Russische Föderation ist ein sogenannter „Fortsetzerstaat“ der Sowjetunion (UdSSR), die 1991 zerfiel. Als ehemals zentrale und größte Sowjetrepublik – Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (RSFS) – trat sie die Rechtsnachfolge der UdSSR an.

Quellen:

Landeszentrale für politische Bildung Baden-

Württemberg: Infoportal östliches Europa:

Länderprofil Russland osteuropa.lpb-bw.de/

russland-laenderprofil

Bundeszentrale für politische Bildung: Aus Politik und Zeitgeschichte: Thomas Vogel und Thomas Kunze:

Von der Sowjetunion in die Unabhängigkeit, 30.11.2011
www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz

Souveränität

Souveränität bedeutet, die Macht und das Recht zu haben, frei nach eigenem Ermessen zu entscheiden. Sie umfasst das Recht einer Nation im Hinblick auf ihre Selbstbestimmung und die oberste Hoheitsgewalt eines Staates über seine inneren und äußeren Angelegenheiten.

Quellen:

Schubert, Klaus/Martina Klein: Das Politiklexikon,

Bundeszentrale für politische Bildung

Digitales Wörterbuch der deutschen Sprache:

Souveränität www.dwds.de

Sowjetunion

Die Sowjetunion bestand von 1922 bis 1991 und war der kommunistisch regierte Vorgängerstaat einer Reihe heutiger eigenständiger Staaten in Osteuropa und Zentralasien. Die Abkürzung UdSSR bedeutet Union der Sozialistischen

Sowjetrepubliken, dazu zählten Russland, Weißrussland, die Ukraine, die Republik Moldau, Estland, Lettland und Litauen, Armenien, Aserbaidzhan, Georgien, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan. Das Staatsgebiet reichte von der Ostsee bis zum Pazifischen Ozean. Die Sowjetunion folgte auf das Russische Zarenreich. Die schwelende Nationalitätenfrage und ein Erstarken der Tendenzen zur Eigenständigkeit der Republiken führten zusammen mit Gorbatschows Politik von Glasnost (Offenheit) und Perestroika (Umbau) zum Ende der Sowjetunion. Am 25. Dezember 1991 trat Michail Gorbatschow als Präsident der alten Sowjetunion zurück. Der Oberste Sowjet beschloss am Tag darauf die Auflösung der UdSSR.

Quellen:

Encyclopaedia Britannica: Soviet Union www.britannica.com/place/Soviet-Union
Deutschlandfunk: Norbert Seitz: Hintergrund: UdSSR vor 100 Jahren gegründet - Zentralismus und Zerreißkräfte in der Sowjetunion, 29.12.2022 www.deutschlandfunk.de

Transparency International

Transparency International ist eine weltweite Bewegung, die sich in über 100 Ländern dafür einsetzt, Korruption zu beenden. Transparency International arbeitet daran, die Systeme und Netzwerke aufzudecken, die das Gedeihen der Korruption ermöglichen, und fordert mehr Transparenz, Integrität und Verantwortlichkeit in allen Bereichen des öffentlichen Lebens zum Schutz der Zivilgesellschaft.

Quelle:

Webseite von Transparency International www.transparency.org/en/about

Ukraine Support Tracker

Der Ukraine Support Tracker erfasst systematisch den Wert der Unterstützung, die Regierungen von 41 westlichen Ländern der Ukraine seit Februar 2022 zugesagt haben. Gelistet sind militärische, finanzielle und humanitäre Hilfen, die öffentlich bekannt sind.

Quelle:

Kiel Institut für Weltwirtschaft: Ukraine Support Tracker www.ifw-kiel.de/de/themendossiers/krieg-gegen-die-ukraine/ukraine-support-tracker/

UN-Charta, Charta der Vereinten Nationen

Die UN-Charta ist das Gründungsdokument der United Nations Organization (UNO), also der Vereinten Nationen; sie trat 1945 in Kraft. In der Charta werden Ziele und Aufgaben formuliert und UN-Institutionen, wie zum Beispiel der UN-Sicherheitsrat und die UN-Generalversammlung, geregelt. Zu den Zielen zählen Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, Achtung der Menschenrechte, friedliche Konfliktlösung und Gewaltverzicht, Förderung der internationalen Zusammenarbeit im Hinblick auf die Lösung wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Probleme, die Achtung der Gleichheit und nationalen Souveränität aller Staaten.

Quelle:

United Nations: About us – United Nations Charter www.un.org/en/about-us/un-charter
Bundeszentrale für politische Bildung: „Das Rechtslexikon – UN-Charta“ www.bpb.de/kurz-knapp/lexika

UN, Vereinte Nationen

Nach dem Zweiten Weltkrieg lag die Welt in Trümmern. Mit der Gründung der Organisation der Vereinten Nationen (United Nations Organisation, UNO) als Nachfolge des Völkerbundes schufen 50 Nationen (wenig später kam Polen als 51. Gründungsmitglied hinzu) ein Bündnis zur Wahrung des Weltfriedens und Verhinderung eines weiteren Weltkriegs. Auf der Gründungskonferenz in San Francisco, Kalifornien, entwarfen und unterzeichneten sie die UN-Charta. Sitz der UN (United Nations, Vereinte Nationen) ist New York, aktuell gehören ihnen 193 Staaten an. Seit 2017 ist António Guterres UN-Generalsekretär.

Quellen:

United Nations: „About us“ www.un.org/en/about-us
Bundeszentrale für politische Bildung: Das Rechtslexikon – United Nations Organization (UNO) <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika>

UNHCR

Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (United Nations High Commissioner for Refugees, UNHCR) ist seit 2016 der Italiener Filippo Grandi bekleidet. Ihm untersteht die UNO-Flüchtlingshilfe (UN Refugee Agency). Die Organisation mit Dienstsitz in Genf ist als Nebenorgan der Vereinten Nationen der Generalversammlung rechenschaftspflichtig. Das UN-Flüchtlingshilfswerk ist beauftragt, die Rechte von Flüchtlingen zu schützen und zu wahren. Es unterstützt auch ehemalige Flüchtlinge, die in ihr Heimatland zurückgekehrt sind, Menschen, die innerhalb ihres eigenen Landes vertrieben wurden, und Menschen, die

staatenlos sind oder deren Staatsangehörigkeit umstritten ist. Der Arbeit des UNHCR zugrunde liegt die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 und das dazugehörige Protokoll von 1967.

Quellen:

UNO-Flüchtlingshilfe: Über uns www.uno-fluechtlingshilfe.de
UNHCR: What we do www.unhcr.org/what-we-do

Vertrag von Perejaslaw von 1654

Die Kosaken legten auf der Kosakenrada (Versammlung) in Perejaslaw 1654 einen Treueeid auf den russischen Zaren Alexei I. ab. Dieses Ereignis gilt als eines der wichtigsten in der Geschichte der russisch-ukrainischen Beziehungen. Das Abkommen löste einen Krieg zwischen Polen und Russland aus (1654–67), da die Vereinigung der Ukraine mit Russland für Polen unannehmbar war. Er endete mit der Teilung der Ukraine zwischen Polen und Russland.

Quelle:

Encyclopaedia Britannica: Pereyaslaw Agreement www.britannica.com/event/Pereyaslaw-Agreement

Vetorecht

„Veto“ kommt aus dem Lateinischen und heißt: „Ich verbiete“. In Deutschland hat der Bundesrat in bestimmten Fällen das Recht, Einspruch gegen ein Gesetz zu erheben, das der Bundestag beschlossen hat. Dieses Veto kann vom Bundestag überstimmt werden. Es gibt zwei Arten eines Vetorechts. Mit dem suspensiven Veto werden Beschlüsse nur aufgeschoben. Mit einem absoluten Veto kann ein Beschluss endgültig verhindert werden. In der UNO haben alle ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates ein absolutes Vetorecht. Damit können sie Beschlüsse,

die von der Mehrheit des Sicherheitsrates gefasst wurden, zu Fall bringen.

Quelle:

Gerd Schneider / Christiane Toyka-Seid:
Das junge Politik-Lexikon von www.hanisauland.de,
Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung

Warschauer Pakt

Warschauer Pakt ist eine Kurzbezeichnung für das im „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“ vereinbarte Militärbündnis kommunistischer Staaten Europas. Das Bündnis bestand ursprünglich aus der Sowjetunion und Albanien, Bulgarien, der Tschechoslowakei, Ostdeutschland (DDR), Ungarn, Polen und Rumänien. Der Anlass für den Warschauer Pakt war das Pariser Abkommen zwischen den Westmächten, mit dem Westdeutschland in die NATO aufgenommen wurde. 1968 trat Albanien aus, 1990 die DDR. Mit dem Ende des Ostblocks wurde 1991 auch das Bündnis aufgelöst.

Quellen:

Schubert, Klaus/Martina Klein: Das Politiklexikon. 7., aktual. u. erw. Aufl. Bonn: Dietz 2020. Lizenzausgabe
Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
mdr Geschichte: Warschauer Pakt: Verteidigungsbündnis oder Kontrollinstrument der Sowjetunion?, 10.07.2022 www.mdr.de/geschichte
Encyclopaedia Britannica: Warsaw Pact, Europe (1955–1991) www.britannica.com/event/Warsaw-Pact

Zarenreich – Russisches Kaiserreich

Russisches Zarenreich, zaristisches Russland, Russisches Reich – all das sind Bezeichnungen für das Russische Kaiserreich im Zeitraum von 1721 bis 1917. Zar Peter der Große hatte den Zarentitel bei der Reichsgründung 1721 offiziell durch den des Kaisers ersetzt. Das Russische Zarenreich war autokratisch regiert. Anfang des

19. Jahrhunderts stand es aufgrund seiner territorialen Größe und wirtschaftlichen Stärke auf dem Höhepunkt seiner Macht. Die Niederlage im Krimkrieg (1853–1856) erschütterte das Reich, Russland geriet zunehmend in wirtschaftliche und politische Schwierigkeiten. Der russisch-japanische Krieg 1904–1905 und der Erste Weltkrieg 1914–1918 beförderten den Niedergang des rückständigen und reformbedürftigen Zarenreichs. Die Menschen hungerten und revoltierten aus purer Not. Die Russische Revolution von 1917 besiegelte das Ende des Zarenreichs.

Quellen:

Encyclopaedia Britannica: Russian Empire www.britannica.com/place/Russian-Empire
Hans-Henning Schröder: Vom Kiewer Reich bis zum Zerfall der UdSSR, in: Russland (Informationen zur politischen Bildung, Heft 281), Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2003, aktualisiert 2018

Zwei-plus-Vier-Vertrag

Der „Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“ wurde zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik – für die beiden deutschen Staaten steht die „Zwei“ – sowie den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs, Frankreich, Sowjetunion, Großbritannien und Vereinigte Staaten von Amerika, als Staatsvertrag geschlossen. Er wurde am 12. September 1990 in Moskau unterzeichnet und trat am 15. März 1991 in Kraft. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag machte den Weg für die deutsche Wiedervereinigung frei und besiegelte 45 Jahre nach Kriegsende endgültig den Frieden zwischen Deutschland und den vier Mächten. Deutschland erhielt volle Souveränität

inklusive des Rechts, sich Bündnissen
anzuschließen.

Quelle:

Bundeszentrale für politische Bildung: Themen:
Zwei-plus-Vier-Vertrag über die abschließende
Regelung in Bezug auf Deutschland [www.bpb.de/
themen/deutsche-einheit/zwei-plus-vier-vertrag](http://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/zwei-plus-vier-vertrag)

About

Texte

Nico Lange

Redaktion

Nardine Luca, Angelika Sauerer, Ulrike Strauss

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 6 MDStV

Dr. Benedikt Franke, Stellvertretender Vorsitzender, Chief Executive Officer

Layout / Design

MetaDesign, Berlin

Bildnachweise

MSC/Kuhlmann, MSC/Strangmann, picture alliance/dpa, picture alliance/AP, picture alliance/afp, picture alliance/Anadolu Agency

Druck

Königsdruck Printmedien und digitale Dienste GmbH,
Alt-Reinickendorf 28, 13407 Berlin

Adresse

Stiftung Münchner Sicherheitskonferenz (gemeinnützige) GmbH,
Karolinenplatz 3, 80333 München

Telefon: +49 89 3797 949 0

Telefax: +49 89 3797 949 60

Geschäftsführer

Botschafter Christoph Heusgen, Benedikt Franke, Sara-Sumie Yang

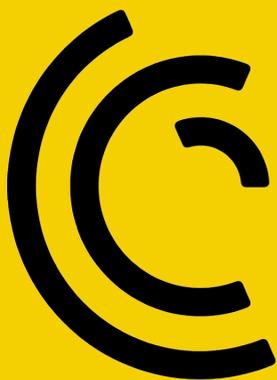
Registergericht München HRB 191372

Für Umsatzsteuerzwecke: USt-Id-Nr.: DE 277 039 635

Die Broschüre „Aber die NATO! 10 populäre Mythen über Russlands Krieg gegen die Ukraine“ ist ein Produkt der Stiftung Münchner Sicherheitskonferenz (gemeinnützige) GmbH im Rahmen des Projekts „Zeitenwende on tour“ (www.securityconference.org/zeitenwende)



der
zeiten
wende
podcast



der
zeitenwende ||||| ||||| **jetzt anhören**
podcast

Der Podcast zu Deutschlands
Außen- und Sicherheitspolitik

<https://securityconference.org/zeitenwende/podcast/>



Münchener Sicherheitskonferenz und Zeitenwende on tour

Die Münchener Sicherheitskonferenz (MSC) ist das weltweit führende Forum für Debatten zu internationaler Sicherheitspolitik. Sie bietet eine Plattform für diplomatische Initiativen und Ansätze, um den drängendsten Sicherheitsrisiken der Welt zu begegnen.

Die MSC will Vertrauen fördern und zur friedlichen Beilegung von Konflikten beitragen, indem sie einen anhaltenden, kuratierten und zugleich informellen Dialog innerhalb der internationalen Sicherheitsgemeinschaft ermöglicht. Heute ist die MSC das weltweit führende Forum für Debatten zu internationaler Sicherheitspolitik. Die MSC begreift ihre Konferenzen als einen unabhängigen „Marktplatz der Ideen“, auf dem Vorschläge und Lösungen entwickelt und Meinungen ausgetauscht werden. Die MSC räumt informellen Begegnungen zwischen Amtsträgern einen besonderen Platz ein, um – gemäß ihrem ursprünglichen Motto – Frieden durch Dialog zu fördern. Zusätzlich zur jährlichen Hauptkonferenz richtet die MSC regelmäßig hochkarätig besetzte Veranstaltungen zu spezifischen Themen und Regionen aus und veröffentlicht den Munich Security Report, ein jährliches Kompendium der relevantesten Zahlen, Karten und Analysen zu zentralen Herausforderungen der internationalen Sicherheit.

Mit der Veranstaltungsreihe „Zeitenwende on tour“ tritt die MSC in den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern und diskutiert mit ihnen die Zeitenwende in der deutschen Sicherheitspolitik.